Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

2. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Sammel-Anzeigenpreis 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Textanzeigen (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 53 | Samstag, den 23. Februar 1935 | Jahrgang 1935

Deutsche Jugend erobert eine neue Provinz.

Ansprache des Reichsarbeitsführers Hierl bei seiner Fahrt durch die Emslandmoore.

Mit der Friedenswaffe des Spatens.

DNB **Meppen a. d. Ems, 22. Februar.**

Reichsarbeitsminister Hierl besuchte am zweiten Tag seiner Fahrt durch die emsländischen Moore von Meppen aus die Unterkunft des Arbeitsdienstes im Darlumer Moor. Am Mittag fand in Meppen ein Appell aller emsländischen Arbeitsdienstabteilungen im Stadion statt, zu dem fast 1800 Mann aufmarschierten. Bei dieser Gelegenheit hielt Reichsarbeitsführer Hierl eine Rede, in der er auf grundsätzliche Fragen des Arbeitsdiensteinsatzes im Emsland zu sprechen kam und mit besonderem Nachdruck den ehrenvollen Charakter des NS-Arbeitsdienstes gerade in diesem Gebiet unterstrich.

Wenn man im Emsland einen Uebersichtspunkt an der deutsch-holländischen Grenze aufsucht, dann zeigt sich dem Beobachter auf der deutschen Seite, soweit das Auge reicht, eine Moorlandschaft, eine Wüste ohne Baum und Strauch, während auf holländischer Seite, mit dem Grenzstrich beginnend, sich blühendes Kulturland vor unseren Augen ausbreitet. Dieser Zustand ist ein Schandfleck für die deutsche Kultur, der im Bilde des neuen Deutschland nicht geduldet werden kann. Zwar ist auch schon früher viel darüber geredet und geschrieben worden, im Reiche Adolf Hitlers wird zugepackt. Deshalb ist der deutsche Arbeitsdienst hier eingerückt,

um mit der Friedenswaffe des Spatens unserem Volke eine neue Provinz zu erobern.

Es ist das eine Aufgabe, die so ganz im Sinne des Arbeitsdienstes liegt. Deshalb ist es für unser Ehrempfinden unerträglich, daß für die gleiche Aufgabe auch Strafgefangene eingesetzt werden. Wir wollen den besserungsfähigen Strafgefangenen die Wohltat der Arbeit nicht aberkennen und ihnen die Möglichkeit nicht vorenthalten, wieder in die Volksgemeinschaft zurückzukehren. Die Eroberung von Neuland für unser Volk aber ist eine Arbeit, die als Vorrecht dem freien deutschen Mann und im besonderen der im Ehrendienst der Arbeit stehenden deutschen Jugend vorbehalten bleiben muß. Ich weiß, daß der Führer persönlich ebenso denkt, und ich meine, das allein müßte genügen, diesen unerträglichen Zustand im Laufe dieses Jahres zu ändern. Das Werk des Arbeitsdienstes verpflichtet auch die künftigen Siedler zum Dienst am Volk. Ich habe Euch als Auszeichnung das schwarze Emslandband verliehen. Seid stolz auf diese Auszeichnung! Tragt sie in Ehren!

Meine jungen Arbeitsmänner! Wenn Ihr so alt seid wie ich, dann wird da, wo heute endlose Moorflächen sich dehnen, blühendes Kulturland sein, in dem starke deutsche Bauerngeschlechter wurzeln als ewiger Jungborn unseres Volkes. Und Ihr werdet Euren Kindern und Enkeln sagen können: „Da hab' auch ich mitgeschafft als junger Arbeitsmann, zusammen mit guten Kameraden aus ganz Deutschland, und der Segen unserer Arbeit wird Jahrhunderte überdauern."

Telegrammwechsel zwischen Reichsarbeitsführer Hierl und dem Führer.

DNB **Berlin, 22. Februar.**

Der Reichskommissar für den Arbeitsdienst hat aus Lingen an den Führer und Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet:

„2000 Arbeitsmänner als Vorhut des aus allen deutschen Gauen gebildeten Arbeitskurses ins Emsland eingerückt, um mit dem Spaten unserem Volk neuen Boden zu erobern. Wir sehen in dieser Arbeit ein Vorrecht des freien deutschen Mannes, insbesondere der im Ehrendienst der Arbeit stehenden Jugend, und grüßen bei Beginn unseres Werkes den Führer als seine treuen, gehorsamen Arbeitsmänner. Hierl."

Der Führer hat hierauf telegrafisch wie folgt geantwortet:

„Ihnen und den heute in das Emsland eingerückten Arbeitsmännern danke ich für den mir telegrafisch übermittelten Treuegruß. Ich bin überzeugt, daß die zu diesem großen neuen Werk an der Ems eingesetzten deutschen Jungmänner der gesamten deutschen Jugend ein Vorbild sein und eine Musterleistung vollbringen werden. Ihnen allen Heil! (gez.): Adolf Hitler."

Italienische Truppenverschiffungen großen Stils.

Immer noch nur Vorbereitungsmaßnahmen.

▲ **Rom, 22. Februar.**

Die Truppenverschiffungen großen Stiles nach Italienisch-Ostafrika beginnen am Sonnabend von Messina aus. Es handelt sich um die Verschiffung der in Sizilien stehenden Divisionen, für welche u. a. der große Personendampfer „Vulkania" (24 00 t) eingesetzt wird. Dieser Dampfer ist Freitag nachmittag von Neapel, wo Sanitätstruppen, Pioniere und Artillerie mit Materialbeständen an Bord gekommen waren, bereits nach Sizilien in See gegangen. Auf dem Dampfer befindet sich auch General Graziani, der sich bei der Eroberung der Cyrenaika durch die endgültige Niederschlagung der Senussi einen Namen geschaffen hat. Er übernimmt den Oberbefehl über die Truppen in Ostafrika.

Von italienischer Seite wird erneut betont, daß diese Truppenverschiffungen großen Stiles nur den Charakter einer Vorbeugungsmaßnahme tragen, daß Angriffsaktionen nicht vorgesehen sind und daß sie lediglich zur Verteidigung der heute in italienischen Händen befindlichen Stellung im Somaliland dienen. Die Zeitungen schildern in lebhaften Farben die herzliche Aufnahme der Truppen in den Hafenstädten.

England und der abessinische Konflikt.

DNB **London, 22. Februar.**

Das britische Kabinett scheint sich am gestrigen Donnerstag zum zweiten Male in dieser Woche mit dem italienisch-abessinischen Streit beschäftigt zu haben. Der soeben aus Rom zurückgekehrte italienische Botschafter Grandi wurde von Simon empfangen. Er dürfte Mitteilungen von der italienischen Auffassung der Lage gemacht haben.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" glaubt berichten zu können, daß seit den letzten Grenzzusammenstößen ein bedeutsamer Wechsel in der italienischen Politik eingetreten sei. Italien beschränke sich nicht mehr auf die Forderung nach „Wiedergutmachung" wegen des Scharmützels von Ualual im Dezember, sondern wolle anscheinend die Gelegenheit benutzen, um die seit langem begehrten Vorteile für den italienischen Handel in Abessinien zu gewinnen. Die Truppentransporte nach Erythrea und Italienisch-Somaliland deuteten darauf hin, daß die Forderungen mit Gewaltandrohung unterstützt werden sollten.

Ferner meldet der Korrespondent, die britische Regierung betrachte die Lage als sehr beklagenswert und werde wohl die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung offiziell auf einige der Folgen lenken. In Addis Abeba seien bereits dringende Vorstellungen erhoben worden. Zu den erwähnten Folgen gehöre die Belastung des Völkerbundes. Großbritannien und Frankreich wünschten die Notwendigkeit eines Vorgehens gegen eine dritte europäische Macht zu vermeiden, deren Mitarbeit in Europa seit den Rom-Vereinbarungen so warm begrüßt worden sei. Die britische Regierung habe den Kaiser Ras Tafari davor gewarnt, sich bei seinen Verhandlungen mit Italien darauf zu verlassen, daß der Völkerbund ihn auch im Falle eines Mangels an Entgegenkommen unterstützen werde. Die britischen Bemühungen in Rom und Addis Abeba zielten jetzt auf eine schnelle Regelung der ursprünglichen Zwischenfälle und auf Festsetzung der strittigen Grenze hin.

Der Korrespondent des „Daily Telegraph" in Addis Abeba meldet, in den Verhandlungen zwischen Italien und Abessinien über Schaffung einer neutralen Zone zwischen Ualual und Gerlogubi, dem Schauplatz der letzten Grenzscharmützel, sei kein Fortschritt erzielt worden. Wahrscheinlich werde die äthiopische Regierung eine neue Note senden und eine schnelle Entscheidung in der Frage der Grenzzone und Ernennung eines Schiedsgerichts verlangen. Sie wolle im übrigen dem Völkerbund die Verantwortung dafür zuschieben, Italien im Zaum zu halten und für eine gerechte Regelung des Streites zu sorgen.

Der Besuch des Standorts Frankfurt a. O. durch den Führer.



Scherl.

Der Führer und Reichskanzler besuchte am Donnerstag nachmittag in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Wehrmacht Frankfurt a. O., wo er die Truppen des Standortes besichtigte. Auf unserem Bild sieht man den Führer beim Abschreiten des Ehrenspaliers auf dem Bahnhofs-Vorplatz. In seiner Begleitung befinden sich Reichswehrminister von Blomberg und General der Infanterie von Rundstedt (links) als Vertreter des Chefs der Heeresleitung.

Die französische Kammer ratifiziert das Neapeler Saarabkommen.

Laval über die loyale Zusammenarbeit.

DNB **Paris, 22. Februar.**

Die französische Kammer nahm am Freitag nachmittag den Gesetzentwurf an, der das in Neapel abgeschlossene Saarablommen ratifiziert, nachdem die Berichterstatter der zuständigen Ausschüsse und der Außenminister sich für die Annahme ausgesprochen hatten.

Außenminister Laval erinnerte daran, daß die in Neapel abgeschlossenen Abkommen rechtzeitig ratifiziert werden müßten, damit das Gesetz am 28. Februar in Kraft treten könne. Er gab ferner seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß das Saarproblem auf internationaler Grundlage gelöst worden sei und richtete in diesem Zusammenhang Worte der Anerkennung an den Völkerbundsrat und den Dreierausschuß. An die Feststellung, daß die deutschen und französischen Unterhändler im Geiste loyaler Zusammenarbeit gewirkt hätten, schloß Laval den Wunsch, daß in demselben Geiste auch alle Fragen, die mit der Sicherheit des europäischen Friedens zusammenhängen, behandelt und gelöst werden müßten.

30 Minuten lang setzte das Herz aus.

DNB **Mailand, 22. Febr.**

Die hiesigen Zeitungen berichten von einem seltsamen, sehr interessanten Fall, der sich im Mailänder städtischen Krankenhaus zugetragen hat. Dort starb trotz aller ärztlichen Maßnahmen und Kunstgriffe ein schwer herzkranker Mann. Nachdem man glaubte, seinen Tod einwandfrei festgestellt zu haben, versuchte es dennoch der Arzt mit einer Injektion von Adrenalin. Genau 30 Minuten später begann das Herz des Toten ganz schwach zu schlagen, und nach mehreren Stunden funktionierte es wieder völlig normal, so daß eine Gefahr für den wieder zum Leben Erwachten nicht mehr zu bestehen scheint.

Tagesrundschau.

Nationalsozialistischer Erinnerungstag.

Der morgige Sonntag, der 24. Februar, hat seine besondere Bedeutung für die nationalsozialistische Bewegung, damit für den nationalsozialistischen Staat und das ganze deutsche Volk. Denn dann jährt sich zum fünfzehnten Male der Tag, an dem Adolf Hitler im Münchener Hofbräufestsaal vor zweitausend ihm begeistert zustimmenden Volksgenossen, die dem Rufe der damals zum mindesten außerhalb der bayerischen Hauptstadt noch ganz unbekannten „Deutschen Arbeiterpartei" gefolgt waren, die fünfundzwanzig Punkte des Programms der späteren NSDAP bekanntgab und erläuterte. Die Partei begeht den 24. Februar 1920 als den Anfang ihres großen politischen Kampfes. Denn der Gründungstag der „Deutschen Arbeiterpartei", in die Adolf Hitler im Jahre vorher als siebtes Mitglied eingetreten war, war für die Zukunft der nationalsozialistischen Bewegung und für ihren Erfolg bedeutungslos. Diese Partei war eine politische Gruppe wie so viele andere, die nach der Novemberrevolution entstanden. Der kleine Kreis bekam erst Format und Schwung durch den Zutritt Hitlers, durch die politischen Gedanken, die sich in seinem Hirn formten und die er in dem Programm zusammenfaßte, das er in jener Hofbräuhausversammlung verkündete. Von diesem 24. Februar an führte er, unverrückbar im Ziel, den Kampf um den nationalsozialistischen Staat, um den Sieg der nationalsozialistischen Idee. Damals war es nur eine kleine Gemeinschaft, die sich um ihn scharte. Ihre Kraft bestand nicht in der Zahl, sondern in der rücksichtslosen Entschlossenheit und im fanatischen Glauben ihrer Mitglieder. Und mit dieser Kraft wurde von München aus die Ausdehnung der Bewegung auf ganz Bayern erreicht und dann die Auflösung und das Verbot der Partei im November 1923 überwunden; und aus dieser Kraft wurde der Elan zur Wiederbegründung der NSDAP am 27. Februar 1925, also jetzt vor zehn Jahren, wo Adolf Hitler zum ersten Mal nach seiner Festungshaft wieder in München öffentlich sprach, und zu dem dann unaufhaltsamen Vormarsch bis zum Tage der Machtergreifung im Reiche gewonnen, dem das Einswerden von Partei und Staat und die Vertrauenskundgebungen von neun Zehnteln der deutschen Wählerschaft in den letzten beiden Jahren gefolgt sind. So ist der 24. Februar ein Tag der Rückschau auf den erkämpften Weg, ein Tag der Erinnerung, an dem die Bedeutung des heute Geschaffenen besonders plastisch vor Augen der Partei und des gesamten Volkes tritt, ein Tag der Weihe und des Treueschwurs der auf politische Posten gestellten Männer und Frauen, ein Tag, an dem auch diejenigen, die nicht das Parteiabzeichen tragen, in Achtung und Bewunderung zu dem Manne, dem dies gigantische Werk gelungen ist, aufschauen und ihr Vertrauen zu ihm erneuern, zu dem Führer und Reichskanzler, der den Zukunftsweg des deutschen Volkes bestimmt.

★

Volksabstimmung über die schweizerische Wehrvorlage.

Die Bundesregierung der Schweiz hat in den letzten Jahren mit Zustimmung des Bundesparlaments schon Verschiedenes unternommen, um die Verteidigung der schweizerischen Neutralität in einem Kriege zu sichern, nachdem man erkannt hatte, daß der Rüstungsstand, wie er zur Zeit des Weltkrieges war, nicht mehr genügt. Die Armee, die bekanntlich ein Milizheer ist und im Ernstfalle etwa 300 000 Mann stark sein dürfte, ist neu, den alpinen Verhältnissen des Landes und dem Fortschritt der Kriegstechnik entsprechend, bewaffnet und mit Flugzeugen und Gasmasken versehen worden. Außerdem hat man an der Rheingrenze Feldbefestigungen geschaffen. Aber dies genügt nach Ansicht der schweizerischen Militärs nicht. Sie haben auf die Mangelhaftigkeit der Truppenausbildung hingewiesen und eine Verlängerung der Rekrutenschulung gefordert, nachdem schon General Wille, der oberste Führer der schweizerischen Armee während des Weltkrieges, auf Grund seiner Erfahrungen die Verlängerung der Dienstzeit auf vier Monate als notwendig bezeichnet hatte. Ueber die Wehrvorlage, durch die die militärische Ausbildungszeit neu geregelt werden soll, wird am Sonntag das schweizerische Volk mit dem Stimmzettel seinen Willen kundtun. Die Vorlage hat die Zustimmung des Parlaments gefunden. Aber gegen das Gesetz haben die Kommunisten das Referendum beantragt. Alle bürgerlichen Parteien haben sich für die Zustimmung zu dem Gesetz ausgesprochen. Die Sozialdemokratische Partei dagegen hat auf ihrem Luzerner Parteitag mit 434 gegen 220 Stimmen beschlossen, gegen die Verlängerung der Ausbildungszeit den Kampf aufzunehmen. Die Minderheit war für Stimmfreigabe. Ein Teil der sozialdemokratischen Führer, vorab solche aus den Gewerkschaften, tritt indessen öffentlich für die Zustimmung zu der Wehrvorlage ein. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat die Stimme freigegeben. Was enthält das Gesetz im einzelnen? Angesichts des Hinzukommens neuer Waffenarten und der völligen Umstellung der Gefechtstaktik soll, wie bereits bemerkt,

die Ausbildungszeit verlängert werden. Die Dauer der sogenannten Rekrutenschulen, in denen die grundlegende Ausbildung zum Soldaten erfolgt, soll nach den neuen Gesetzesbestimmungen für die Infanterie und die Pioniere je drei Monate (bisher je 67 Tage), für die Artillerie ebenfalls drei Monate (bisher 77 Tage) und für die Kavallerie 102 Tage (bisher 92 Tage) betragen. Für alle anderen Truppengattungen bleibt sie gleich. Die Dauer der sogenannten Wiederholungskurse und ihre Zahl bleibt unverändert. Es soll also weiter acht Wiederholungskurse von je zwei bis drei Wochen Dauer geben. Auch für die Unteroffizierschulen und die Ausbildung der Offiziere sind einige Aenderungen vorgesehen. Wie das Volk stimmen wird, läßt sich nicht mit Sicherheit voraussagen. Denn es kämpfen nicht nur die beiden marxistischen Parteien gegen das Gesetz, sondern es besteht auch hinsichtlich der Bauern eine gewisse Unsicherheit. Man ist in den Kreisen, die die Annahme der Wehrvorlage fordern, nicht ganz ohne Sorge, ob sich diese und andere durch die Wirtschaftskrise betroffenen Teile des schweizerischen Volkes nicht aus politischer Verärgerung zur Ablehnung des Bundesgesetzes hinreißen lassen, obwohl die daraus folgende Mehrbelastung für den Staatshaushalt nur ein paar Millionen Franken ausmachen wird.

#

Die Vorbereitung des englischen Ministerbesuchs in Berlin.

Fortsetzung der britischen Bemühungen.

£ **London, 22. Febr.**

Wie der diplomatische Reuterberichterstatter erfährt, steht die britische Regierung durch Vermittlung der diplomatischen Vertreter in ständiger Verbindung mit den Regierungen von Deutschland, Italien, der Sowjetunion sowie Frankreich. Die Möglichkeit eines Besuches Sir John Simons in Berlin und Moskau wird weiter mit großer Aufmerksamkeit erörtert, doch ist hierin noch kein bestimmter Beschluß gefaßt worden. Zur Zeit ist man damit beschäftigt, einen Rahmen für die Verhandlungen zu finden, die Außenminister Simon mit dem deutschen Reichskanzler führen könnte. Simon würde wahrscheinlich noch von einem anderen Minister begleitet werden. Bezüglich der Pakte einer gegenseitigen Hilfeleistung in Osteuropa sind hiesige amtliche Kreise der Ansicht, daß die bestehenden Verträge eine nützliche Grundlage für künftige Verhandlungen abgeben könnten. Die zur Zeit bestehende Schwierigkeit wegen des Abschlusses eines Ostpaktes liegt in der Frage der Militärgarantien, auf denen Polen, die Tschechoslowakei und die Sowjetunion bestehen, während Deutschland Bedenken geäußert hat. Das Bestreben der europäischen Mächte geht also gegenwärtig dahin, eine Kompromißformel zu finden. Ob ein solches Kompromiß möglich ist oder nicht, schließt der Reuterkorrespondent, Großbritannien wird jeden Plan freudig begrüßen, der eine Einigung herbeiführen kann.

Die „Times" meldet: Die Beratungen zwischen der britischen und der französischen Regierung über die Vorschläge des Londoner Kommuniqués vom 3. Februar und die deutsche Antwort nehmen ihren Fortgang. Es verlaute, daß die französische Regierung der britischen Regierung auf einer Liste zergliedert die Punkte mitgeteilt habe, die nach französischer Ansicht der Aufklärung bedürfen. Hinsichtlich der Pakte zur Sicherung gegenseitigen Beistandes in Osteuropa, der als Teil der allgemeinen Regelung vorgeschlagen werde, gehe die britische Auffassung dahin, daß bereits eine erhebliche Vorarbeit geleistet sei, insofern, als ein Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen und ein solcher zwischen Polen und der Sowjetunion wie auch die Ergänzungsverträge von Locarno bestünden. Da die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß von Nichtangriffsverträgen mit allen Nachbarn Deutschlands ausgedrückt habe, glaube man, es könnte zweckmäßig sein, die Möglichkeit zu erwägen, daß Deutschland solche Pakte mit Litauen und der Tschechoslowakei abschließe.

Die Anweisungen an den englischen Botschafter in Berlin.

DNB **London, 22. Februar.**

An maßgebender englischer Stelle wird bestätigt, daß die britische Regierung nunmehr auch erneut mit den Regierungen von Deutschland, Italien und Sowjetrußland Fühlung genommen hat, nachdem die englisch-französischen Besprechungen schon seit einigen Tagen wieder im Gange sind. Die an den britischen Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, gerichteten Anweisungen der Londoner Regierung beziehen sich, wie verlautet, auf die Klärung einer Reihe von Vorfragen über den Gesamtplan einer allgemeinen Befriedung in Europa. In dieser Verbindung dürfte voraussichtlich nicht nur der Luftpakt, sondern auch das Problem der Rüstungen im Rahmen des Gesamtplanes angeschnitten werden.

England, so heißt es in einer Meldung der „Preß Association", lasse durch seinen Botschafter in Berlin den Umfang des Fragenbereiches feststellen, über den für den Fall, daß der britische Außenminister Berlin einen Besuch abstattete, verhandelt werden könne. Simon würde wahrscheinlich von einem Ministerkollegen, vermutlich von dem Großsiegelbewahrer Eden, begleitet werden.

In nichtamtlichen Kreisen, so fährt der Bericht der „Preß Association" fort, glaube man, daß die britische Regierung sich jetzt mehr als bisher mit den Schwierigkeiten zu befassen gedenke, die der Vervollständigung einer Reihe von Sicherheitspakten in Osteuropa entgegenstünden. Deutschland habe sich bereiterklärt, mit allen seinen Nachbarn Nichtangriffspakte abzuschließen, aber die Sowjets legten Wert auf ein System gegenseitiger Unterstützung. Dieser Grundsatz werde in Berlin nicht angenommen. Englands Rolle bei den jetzt beginnenden diplomatischen Besprechungen und bei der erwarteten Festlandreise des englischen Außenministers bestehe darin, Vorschläge für einen Plan internationaler Bindungen zu machen, der allgemein annehmbar sein würde.

Eine Rede Baldwins.

DNB **London, 22. Febr.**

Der stellvertretende Ministerpräsident Baldwin hielt am Donnerstag abend in London eine Rede, in der er mit Nachdruck erklärte, der Augenblick sei gekommen, da alle großen Nationen Europas ohne Ausnahme ihre Rolle spielen und zeigen müßten, daß sie nicht nur den Frieden wünschten, sondern auch bereit seien, nötigenfalls Opfer zu bringen, um jenes Gefühl der Sicherheit zu erlangen, ohne das der Frieden letzten Endes nicht möglich sei. Ohne dieses Sicherheitsgefühl könne man auch nicht darauf hoffen, daß Maß an Vertrauen für den Handel in Europa zu erzielen, das wesentlich sei für die Wiedergeburt des internationalen Handels, der so notwendig sei für alle und für Großbritannien mehr als für sonst irgend einen.

Baldwin sagte außerdem, es werde „für lange Zeit" keine Neuwahlen geben. Wenn der Augenblick für Neuwahlen gekommen sei, werde die Hauptlosung wahrscheinlich die bisherige bleiben. „Die alten Parteirichtungen sind tot. Die heutige Gruppierung besteht aus den Leuten, die den Sozialismus verbreiten, und den Leuten, die sich ihm widersetzen." Baldwin fügte hinzu, die nationale Regierung sei unentbehrlich, da die Konservative Partei allein bei den vielen zersplitterten Stimmen keine absolute Mehrheit gewinnen könne. Gerüchte von einer im Gang befindlichen Auflösung der Regierung nannte er „hysterisches Gerede".

Ein D-Zug, der 160 km in der Stunde fährt.

Das wird es in Bälde in Deutschland geben. – Eine Rede des Direktors Kleinmann.

Die Zukunftsaufgaben der Deutschen Reichsbahn.

DNB **Berlin, 22. Februar.**

Auf der in Breslau veranstalteten fünften eisenbahnwissenschaftlichen Vortragsreihe sprach am Donnerstag der stellvertretende Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Kleinmann, über die Zukunftsaufgaben der Deutschen Reichsbahn.

Die Aufgaben der Reichsbahn innerhalb des Staates seien dadurch bedingt, daß der oberste Staatswille sich innerhalb der Reichsbahn und mit stärkster Intensität durchsetze.

Die personellen Voraussetzungen

dafür seien schon seit längerer Zeit geschaffen worden. Die Reichsbahn sei ein Stück Reichsverwaltung geworden, was sich über kurz oder lang auch in der Firmierung ausdrücken werde. Als weitere Aufgabe der Deutschen Reichsbahn bezeichnete der Vortragende die Verwurzelung der Gemeinschaft der Reichsbahn mit der Volksgemeinschaft. Ziel sei, den volksnahen Beamten und Arbeiter zu schaffen. Bei Aufzählung der Fürsorgemaßnahmen der Reichsbahn kam der Vortragende darauf zu sprechen, daß sich die Reichsbahn in besonderem Maße auch der schulentlassenen Jugend ihrer Beamten und Arbeiter widme. In diesem Jahr würden 2500 schulentlassene Jungen in den Werkstätten der Deutschen Reichsbahn eingestellt werden gegenüber 800 im Jahre 1933 und 1800 im Jahre 1934.

Ueber die Tarifpolitik

der Reichsbahn im Personenverkehr erklärte der Redner, an Stelle einer allgemeinen Tarifsenkung würden Tariferleichterungen in großem Umfang gewährt. Die Aufgabe der Reichsbahn innerhalb der Allgemeinwirtschaft stellte Generaldirektor Kleinmann unter das Motto:

Die Reichsbahn muß der erste Diener der nationalen Wirtschaft, jedoch ein souveräner Diener sein, der der gesamten Volkswirtschaft dient.

Die Tarifpolitik werde im engsten Einvernehmen mit der Staatsführung durchgeführt. Eine Aenderung in den Grundgedanken des Gütertarifs sei nicht zu erwarten. An Stelle einer allgemeinen Tarifsenkung arbeite die Reichsbahn mit Ausnahmetarifen, womit den Bedürfnissen der Wirtschaft in weit höherem Maße Rechnung getragen werden könne. Die Reichsregierung habe die Absicht, in der Tarifpolitik bei der künftigen Rohstoffversorgung aus dem eigenen Lande soweit als irgend möglich entgegenzukommen, um diesen neuen Wirtschaftszweigen ein Aufblühen zu ermöglichen. Die Reichsbahn werde auch in Zukunft der Reichsregierung bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit helfen. Im Jahre 1933 habe die Reichsbahn insgesamt 1,3 Milliarden RM. und 1934 rund 1,5 Milliarden RM. in die Wirtschaft gepumpt. In diesem Jahre werde, sofern die Verkehrsbewegung so zunehme, wie erwartet werde, die Reichsbahn 1,6 Milliarden RM. in die deutsche Wirtschaft hineinwerfen.

Im Personenverkehr

werde einmal eine Beschleunigung und andererseits eine Verdichtung des Verkehrs angestrebt.

Der Nahverkehr solle durch Einsatz von Triebwagen mit Verbrennungsmotoren mit 100 km Höchstgeschwindigkeit verbessert werden, vor allen Dingen in dicht bevölkerten Gebieten, im Ruhrgebiet, im sächsischen Industriegebiet, im Rhein-Main-Gebiet, aber auch auf den Nebenbahnen in Ostpreußen. Auf dem Gebiete des Lokomotivbaues würden bald mit einer Lokomotive die ersten Probefahrten gemacht werden, die imstande sei, einen D-Zug mit etwa vier Wagen mit einer Höchstgeschwindigkeit von 160 km zu fahren.

Auch die Elektrifizierung

von Reichsbahnstrecken werde nicht vergessen werden. Sein Ziel sei, von Berlin über München bis nach Rom mit elektrischen Lokomotiven zu fahren. Der bisherigen Unwirtschaftlichkeit des elektrischen Betriebes solle dadurch begegnet werden, daß die vielfach vollkommen getrennten elektrischen Bahnnetze zusammengeschlossen werden, so das niederschlesische mit dem sächsischen Netz.

Das Tempo dieses Ausbaues hänge allerdings von der Finanzlage ab. Auch im Güterverkehr werde eine Beschleunigung auf 70 bis 75 Stundenkilometer angestrebt. Die Reichsbahn werde auch in Zukunft der größte Verbraucher von Kraftwagen sein. Die sowohl im Personen- wie im Güterverkehr angestrebte Geschwindigkeitssteigerung setze eine Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen voraus, ebenso wie eine Begradigung der Linie, Schweißung der Brücken, der Wagen und der Lokomotiven anstelle des Nietverfahrens.

Selbstmordversuch auf Geheiß der Eltern.

Der Sprung der 14jährigen in den Main vor Gericht.

DNB **Frankfurt a. Main, 22. Februar.**

Unter großem Andrang des Publikums begann am Freitag vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen die Eheleute Hoefeld und deren 16jährige Tochter Minna. Es handelt sich hier um einen Fall, wie er sich in der Kriminalgeschichte noch nicht ereignet hat. Ein Elternpaar wollte unter Beihilfe der älteren Tochter die jüngste, erst 14½jährige Tochter durch seelische Beeinflussungen und physische Einwirkungen in den Tod treiben.

Am 5. Dezember vorigen Jahres pochte die Berufsschülerin Hildegard Hoefeld, vor Kälte zitternd und völlig durchnäßt, an die Pforte eines Kinderheimes in unmittelbarer Nähe der Deutschherrn-Brücke. Das Mädchen sagte dem Heimverwalter, es sei von seinem Vater auf die Brücke gebracht und veranlaßt worden, in den Main zu springen. Am Morgen des 6. Dezember wurden der Vater, seine Frau und die älteste Tochter verhaftet. Die polizeilichen Ermittlungen entrollten ein furchtbares Bild menschlicher Brutalität. Am 5. Dezember hatten die Eltern erfahren, daß Hildegard am Tage zuvor die Berufsschule geschwänzt und ein Kino besucht hatte. Als Hildegard verspätet nach Hause kam, fiel der Vater mit der Hundepeitsche über sie her. Auf Drängen der Eltern willigte sie ein, mit dem Vater zum Main zu gehen. Man verlangte von ihr, sich der guten Kleider zu entledigen und schlechtere anzuziehen. Dann wurde dem Kind der Abschiedsbrief in die Feder diktiert. Der Vater begleitete darauf das Opfer bis zur Mitte der Brücke. Aus einiger Entfernung schaute er zu, wie sich sein Kind auf sein Geheiß in die Fluten stürzte. Dann ging er heim und äußerte zu seiner Frau: „So schlecht wie die Hilde im Leben war, so tapfer war sie im Tod."

Zu Beginn der Verhandlung wurde ein Antrag des Verteidigers der angeklagten Tochter abgelehnt, das Verfahren gegen sie abzutrennen und einem Jugendgericht zu überweisen. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Verhandlung etwa fünf Tage dauern werde. Es folgte die Vernehmung des Vaters, der den Eindruck eines intelligenten Menschen macht. Hoefeld schilderte zunächst seinen Lebenslauf, wobei er u. a. berichtete, daß er früher drei Jahre sieben Monate arbeitsuntauglich gewesen sei. 1930 sei er tuberkulosekrank geworden. Die Familie habe mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Seine Tochter Hildegard, die ebenso wie die ältere Tochter Minna in einem Haushalt beschäftigt war, schilderte der Angeklagte als frühreif. Im August 1934 sei die Dienstherrin der Hilde zu ihm gekommen und habe sich über das Mädchen beschwert. Dabei habe er erfahren, daß schon früher Beschwerden vorgebracht worden seien, die ihm jedoch seine Frau verheimlicht habe. Als Hildegard entlassen nach Hause kam, habe er bei ihr drei Mark und eine goldene Uhr gefunden. Das Geld habe von einem Manne in Limburg gestammt, bei dem Hildegard geputzt hatte. Er habe Hildegard dann mit der Reitpeitsche geschlagen und ihr „Arrest" gegeben. Hildegard habe sich in eine Kammer legen müssen, in der sich nur zwei Kissen und eine Decke befanden. Sie habe jeden dritten Tag warmes Essen bekommen sollen, sonst nur Wasser und Brot. Acht bis neun Tage lang sei das Mädchen eingesperrt geblieben.

Schuschnigg in Paris.

Was bezweckt der Besuch?

(!) **Paris, 22. Februar.**

Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg ist mit dem Außenminister Berger-Waldenegg gestern abend in Paris eingetroffen. Da vor dem Ostbahnhof, wo die Minister erwartet wurden, von den Marxisten gegen die Unterdrücker der Sozialdemokratie und des Kommunismus in Oesterreich veranlaßte Demonstrationen stattfanden, wurde veranlaßt, daß die Minister schon auf dem Vorortbahnhof Neuilly den Zug verließen, wohin die beiden Salonwagen des Arlberg-Expreß von Verneuil aus geleitet worden waren. Zum Empfang hatten sich Ministerpräsident Flandin und Außenminister Laval in Neuilly eingefunden, von wo dann die Fahrt nach Paris im Auto zurückgelegt wurde.

Vor dem Ostbahnhof wurden 1200 Personen vorübergehend festgenommen. An verschiedenen Stellen kam es zu Schlägereien. Einige Personen wurden von Schutzleuten schwer verletzt.

Die erste Unterredung zwischen Flandin, Laval, Schuschnigg und Berger-Waldenegg, die am Freitag vormittag in der Ministerpräsidentschaft stattfand, dauerte etwas über eine Stunde. Die Minister dürften dabei das Programm der folgenden Aussprachen festgelegt haben. Zu Mittag waren die beiden österreichischen Minister bei dem Präsidenten der Republik, Lebrun, zu Gast. Dieser überreichte vor dem Essen dem österreichischen Bundeskanzler und dem österreichischen Außenminister das Großkreuz der Ehrenlegion. Am Nachmittag fanden Verhandlungen am Quai d'Orsay im Arbeitszimmer Lavals statt.

Was bezweckt der Besuch der österreichischen Minister? „Oeuvre" glaubt, Schuschnigg werde dem französischen Minister erklären, daß er sich keineswegs jetzt für die Wiederherstellung der Monarchie hergeben wolle, doch müsse Frankreich einsehen, daß Oesterreich gerade im Rahmen des Grundsatzes von der Nichteinmischung sich nicht damit abfinden könne, daß die Kleine Entente ihre Vorbehalte aufrecht erhalte. Wichtiger sei tatsächlich, meint das „Oeuvre", die Frage, in welche Lage Oesterreich durch das römische Abkommen gerate. Oesterreich wünsche nach dieser Richtung folgendes: Da man in Rom ein System zweiseitiger Garantien für die Donauländer schaffen werde, beanspruche Oesterreich heute für sich die Gegenseitigkeit, d. h., es möchte aus der passiven Rolle, in die es seit dem Kriege geraten sei, herauskommen, um seinerseits als Bürge für die übrigen Staaten auftreten zu können. Oesterreich wolle also in das Konzert der Mächte mit gleichen Rechten eintreten und sich gleichzeitig die Möglichkeit für politische Freiheit gegenüber dem einen oder anderen Nachbarland verschaffen. Das würde auf die Gleichberechtigung und vor allem auf die Möglichkeit hinauslaufen, eine Politik zu treiben, zu deren Verhütung die römischen Abkommen doch dem Augenschein nach aufgesetzt seien.

Das „Echo de Paris" schreibt, die österreichischen Minister seien nach Paris gekommen, um zu erklären, daß sie nicht als passive Mitglieder des Donaupaktes behandelt werden möchten, da ihr Land doch der Hauptinteressent sei. Nun aber stehe die österreichische Regierung auf schwachen Füßen. Sie habe kaum die Volksmehrheit hinter sich, wie die in Kraft gesetzte neue Verfassung beweise. Der österreichische Patriotismus versuche, einige Kraft aus päpstlichen Enzykliken zu schöpfen. Das Oesterreich von 1935 könne mit dem Belgien von 1830 verglichen werden, das, wenn es sich selbst überlassen worden wäre, in Frankreich aufgegangen wäre. Die Forderungen der Oesterreicher müßten also mit großer Vorsicht aufgenommen werden. Beispielsweise könne die Nichteinmischungsklausel nicht so abgefaßt werden, daß für eine Volksabstimmung oder die Rückkehr der abgesetzten Monarchie die Tür offen bleibe. Oesterreich könne nur bestehen, wenn Frankreich, Italien, die Kleine Entente und hinter dieser Sowjetrußland zusammenstünden. Von allen römischen Kombinationen bleibe vorläufig nur übrig das Versprechen einer französisch-italienischen Konsultation, der Prag, Belgrad und Bukarest mit begreiflichen Vorbehalten beigetreten seien. Wesentlich bleibe, daß diese etwas unbestimmte Verpflichtung in eine starke Garantie verwandelt werde.

Bei den Besprechungen sollen, wie die Blätter andeuten, auch wirtschaftliche und kulturelle Fragen eine Rolle spielen.

Stadtpräsident von Warschau enthüllt Chopin-Gedächtnistafel in Dresden.

DNB **Dresden, 22. Februar.**

In Dresden fand am Freitag auf dem Neumarkt die feierliche Enthüllung einer Chopin-Gedächtnistafel statt. Im „Türkischen Zelt" im historischen Museum hatten sich zahlreiche Ehrengäste zur Teilnahme an der Feier versammelt. Als Vertreter der Reichsregierung war Staatssekretär Funk erschienen. Ferner hatten sich Vertreter des Konsularkorps sowie Mitglieder der polnischen Kolonie in Dresden eingefunden.

Kurz vor 13 Uhr erschien Oberbürgermeister Zörner mit dem polnischen Botschafter in Berlin, Lipski, dem Warschauer Stadtpräsidenten Minister Starzynski und den übrigen polnischen Gästen. Nach kurzer Begrüßung begaben sich die Versammelten sodann zum Hause Neumarkt 1, in dem der große polnische Musiker zweimal Wohnung genommen hat und an dem die Erinnerungstafel ihrer Enthüllung wartete. Von dem mit Blumen und Girlanden reich geschmückten Hause grüßte außer den Farben des Deutschen Reiches und der Stadt Dresden eine große polnische Flagge. Der weite Platz war von einer zahlreichen Menschenmenge dicht umsäumt.

Als erster Redner sprach

Oberbürgermeister Zörner,

der folgendes ausführte:

Hier in diesem Hause geschah es vor genau 100 Jahren, daß einer der größten Söhne des polnischen Volkes ein neues kulturelles Band mit dem sächsischen Volke anknüpfte: Friedrich Chopin. Er ist seitdem durch sein Erleben und künstlerisches Schaffen mit unserer Stadt aufs engste verbunden. Heute, zur 125. Wiederkehr seines Geburtstages, wird die Stadt Dresden die selbstverständliche Verpflichtung erfüllen, ein dauerndes Erinnerungszeichen an den größten polnischen Tonschöpfer zu weihen, dessen Genius an dieser Stätte unvergängliche Werke entstehen ließ. Vor Jahresfrist sind die beiden großen Führer des polnischen und des deutschen Volkes einig geworden in dem Wunsch und Willen, in freundschaftlicher Verständigung die Beziehungen der beiden Völker neu zu gestalten. Nichts kann dieses Friedenswerk unserer Führer besser fördern und in den Herzen aller Volksgenossen besser verankern, als die liebevolle Pflege all der geschichtlichen Beziehungen beider Völker, die im Laufe von Jahrhunderten auch über Zeiten des Mißverstehens hinweg gemeinsames Gut geworden und geblieben sind, die Kultur und die Kunst. Ich werde mir jetzt die Ehre geben und den Herrn Präsidenten der Stadt Warschau, in deren Bannkreis vor 125 Jahren Chopin das Licht der Welt erblickte, bitten, die Weihe und Enthüllung der Ehrentafel vorzunehmen."

Nachdem die Hülle gefallen war und nach einem kurzen, stummen Gruß der Versammelten für den polnischen Musiktheroen ergriff sodann

Stadtpräsident Starzynski

das Wort zu einer kurzen Erwiderung in polnischer Sprache, die vom Konsul Brzezinski in deutscher Sprache wiederholt wurde. Minister Starzynski führte u. a. aus:

„In diesem Augenblick stehen wir Auge in Auge mit der Geschichte. Hier in diesem Hause konnte im Jahre 1829 mein großer Landsmann Friedrich Chopin einen Teil seiner Werke schaffen. Der Aufenthalt Chopins fällt in die Zeit reger Annäherung zwischen Warschau und Dresden. Die damals noch lebende Generation erinnerte sich der Zeit, da Warschau gemeinsame Hauptstadt Polens und Sachsens war. Es ist daher nicht verwunderlich, daß man polnische Emigranten hier in Dresden als Landsleute, ja sogar als Bürger willkommen hieß." Er fuhr fort: „Dresden eng verbunden ist auch der polnische geniale Musiker Friedrich Chopin. Einige Male lebte er in Dresden und bei jedem Aufenthalt schuf er hervorragende Werke, die ein Jahrhundert überlebt haben und noch Jahrhunderte überdauern werden. Sein Schaffen hat die Anerkennung des deutschen Volkes gefunden, das auf seine musikalische Begabung mit recht stolz sein kann. Heute hat die Stadt Dresden den großen Komponisten geehrt. Dadurch hat sie auch der Kultur des Volkes gehuldigt, die ihn gebar, und dafür dankt Ihnen Warschau aus ganzem Herzen."

Die Kundgebung schloß mit einer von den ehemaligen Hoftrompetern geblasenen alten polnischen Fanfare.